

Auf Draht

Kolleginnen und Kollegen, Einigkeit ist unsere Stärke!

Herausgeber: DKP München und Gruppe KAZ

auf-draht.online | 8. September 2020

BMW-Museum: Was hat BMW in der Zeit von Krieg und Faschismus gemacht? 4

Homeoffice: Was ein Traum war, macht ein Virus möglich 5

Belarus: „Hände weg von Belarus“ ist die beste Unterstützung für Arbeiter und Volk.... 6

Faschismus: Der Mörder von Hanau trainierte im beschaulichen Sendling 8

Her mit der Arbeitszeitverkürzung – aber richtig

Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohn- und Personalausgleich bringt spürbare Verbesserungen.

Seit einem Monat rauscht es durch die Presse: 4-Tage-Woche rauf und runter. Was ist da los? Kurz, die verschiedenen gesellschaftliche Kräfte sehen Masseneinstellungen kommen, vor allem in der Automobilindustrie! Auch wenn noch Ruhe in den Buden ist, mit stinkigen Arbeitern sind keine guten Autos zu bauen.

Die Linke (PdL) machte den Anfang, die SPD zog nach, Arbeitsminister Heil

könnte sich das gut vorstellen. Und dann kam die IG Metall, die große Industriearbeiterschaft. Vorsitzender Hofmann sprach von „gewissem Lohnausgleich“. Die Unternehmer sollen jedoch nicht verpflichtet werden zur Arbeitszeitreduzierung. Die Kapitalverbände wie der BDA oder der CDU-Wirtschaftsrat jaulten auf über diese sanfte Ansage. (Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 19. August 2020) Der Verband der

Bayerischen Metall- und Elektroindustrie (vbm) ist gegen jeden Entgeltausgleich.

Ebenso Südwestmetall. Denn Daimler hat schon Wochen vorher angesagt, was Sache ist. Eine Betriebsvereinbarung reduziert die Arbeitszeit um zwei Stunden - ohne Lohnausgleich! Dafür wird Verzicht auf heiße Kündigungen versprochen.

Lesen Sie bitte weiter auf Seite 2 ▶

Kein Geld für die Helden

Vor Monaten als Helden gefeiert, nun sollen sie wieder die Deppen der Nation sein. ▶ Seite 3



soll leer ausgehen: die Trambahnfahrerin



soll leer ausgehen: der Müllwerker



soll leer ausgehen: der Feuerwehrmann



soll leer ausgehen: die Krankenschwester



► Fortsetzung von Seite 1

Her mit der Arbeitszeitverkürzung – aber richtig!

Ein Sparprogramm, das Daimler einen einstelligen Milliardenbetrag bringt, auf Kosten der Kollegen. Der Personalabbau über Abfindungen und Altersteilzeit läuft weiter. Ähnlich wie der Autobauer gehen die Zulieferer ZF und Bosch vor. Eine Blaupause für die gesamte Autoindustrie.

Arbeitszeitverkürzung, um die die Arbeiterbewegung seit Bestehen des Kapitalismus kämpfen muss, war immer ganz selbstverständlich mit Lohnausgleich verbunden. Was erkämpft werden konnte, war ein bestimmter Anteil am Produktivitätsfortschritt für die Arbeiter, was natürlich den

Profit schmälert. Doch derselbe Fortschritt hat im Kapitalismus die Folge, dass Arbeitsplätze wegrationalisiert werden. Oder dass die Arbeiter in kürzerer Zeit das Gleiche leisten müssen. Eine weitere Forderung muss also sein: voller Personalausgleich!

Die 4-Tage-Woche wird keine Arbeitsplätze retten, wie sich das viele ihrer Befürworter wünschen. Sie kann in Grenzen die Erwerbslosigkeit mindern, wenn voller Personalausgleich durchgesetzt wird. Sie kann den Beschäftigten in der Fabrik und im Büro mehr Zeit zum Erholen bringen. Und mehr Zeit, um sich gewerkschaftlich

und politisch einzumischen!

Am Ende des Jahres werden die Metall-Tarifverhandlungen wieder aufgenommen, die im März mit einer Nullrunde beendet worden waren. Da muss die 4-Tage-Woche, die 30-Stunden-Woche, eine Forderung sein. Selbstverständlich für alle Beschäftigten, dauerhaft und tariflich vereinbart. Und, Kollege Hofmann, es geht nicht um einen „gewissen“, sondern um vollen Lohnausgleich! ■ *krr*

- Ich will die ~~Auf Draht~~ gerne regelmäßig bekommen – bitte schickt mir immer die neue Ausgabe!
- Ich will die DKP kennen lernen – bitte schickt mir Informationsmaterial!
- Ich will die Gruppe KAZ kennen lernen – bitte schickt mir Informationsmaterial!

Vorname und Name

Tel.:

Straße, Postleitzahl und Wohnort

eMail:

Bitte einsenden an: Auf Draht • c/o Jörg Högemann • Kellerstr. 28 • 81667 München

Kein Geld für die Helden

Vor Monaten als Helden gefeiert, nun sollen sie wieder die Deppen der Nation sein.

Kürzlich fanden, erstmals im Turnierformat, die Viertel- und Halbfinalspiele sowie das Endspiel der UEFA-Champions-League in Lissabon statt. Fußball klickende Millionäre aus Deutschland, Frankreich, Spanien, Italien und England verzierten ihre Trikots mit einem „Danke“, „Merci“, „Gracias“, „Grazie“ oder „Thank you“ – gerichtet an die Abertausende in den Kliniken unter schwersten Bedingungen gegen die Coronapandemie kämpfenden Beschäftigten. „Die UEFA dankt allen Corona-Helden für ihren Einsatz an vorderster Front“ wird die Presseerklärung überschrieben, und der UEFA-Präsident Aleksander Ceferin erklärt: „Wir dürfen die Menschen nicht vergessen, deren Einsatz die Wiederaufnahme des Spielbetriebs erst möglich gemacht hat.“ Spielbetrieb? Eher Millionengeschäft. Bis jetzt haben z. B. die Bayern 135 Millionen kassiert, dazu kommen dann Ende September noch Fernsehgelder. Nette Worte, keine Taten – abgesehen von Spenden einzelner Spieler.

Die mit Jubelchören gefeierten Helden stehen, zumindest in Deutschland, vor dem nächsten Kampf: Tarifrunde. Da ist es dann schnell vorbei mit dem Heldenstatus. Ihnen steht jetzt nicht der Corona-Virus gegenüber, sondern Menschen aus Fleisch und Blut mit einer knallharten feindlichen Haltung. Verhandlungspartner, denn um

Verhandlungspartner handelt es sich nicht, ist die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeber VKA. Dessen Präsident und Verhandlungsführer, der Lüneburger Oberbürgermeister Ulrich Mägde, kanzelte die Forderung von Verdi ab: „Die Forderungen der Gewerkschaften sind völlig überzogen und würden zu Mehrkosten in Höhe von mindestens 5,7 Milliarden Euro führen. Dies zeigt, dass die Gewerkschaften den Ernst der Lage offensichtlich nicht erkannt haben – und das in der schlimmsten Rezession seit Gründung der Bundesrepublik. Fakt ist: Die Lage der kommunalen Arbeitgeber ist wegen der Corona-Krise dramatisch. Wir haben massive finanzielle Einbrüche zu verzeichnen. Die Kassen sind leer, einen Verteilungsspielraum sehe ich nicht.“ 4,8 Prozent mehr Lohn, mindestens aber 150 Euro, fordert Verdi sowie eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit im Osten um eine Stunde auf 39 Stunden und damit eine Angleichung an den Westen – nach 30 Jahren. Aber nein, „vollkommen überzogen“, also weiter sparen bei den Beschäftigten, statt Alternativen zu entwickeln.

Was wären Alternativen? Z. B. eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes von 42 auf 48 Prozent (wie früher) brächte sechs Milliarden Euro in die Kasse, jährlich. Eine Vermögenssteuer könnte den Bun-

desländern zehn Milliarden Euro bringen, die Heraufsetzung der Abgeltungsteuer für Kapitalerträge von 25 auf 32 Prozent soll eine Milliarde Euro bringen, eine Finanztransaktionssteuer drei Milliarden Euro, wie Olaf Scholz der Rheinischen Post vorrechnete. Die wirtschaftspolitische Abteilung von Verdi berichtet in ihren Informationen: „Das Nettovermögen beläuft sich hierzulande auf fast 14 Billionen Euro, davon sind über sechs Billionen Geldvermögen.“ Man muss kein Rechenkünstler sein, um zu sehen, dass Geld genug da ist.

Es ist ein Vorgeschmack auf die kommenden Tarifrunden in den anderen Bereichen. Überall wird es heißen, in Zeiten der Krise gäbe es nichts zu verteilen. Es ist also im Interesse von uns allen, die Kolleginnen und Kollegen in den Kommunen in der kommenden Tarifaueinandersetzung zu unterstützen. Auch wenn Kitas wegen Streik geschlossen werden, in Krankenhäusern ein Notbetrieb läuft und Trambahnen stillstehen. Wenn also in die Tat umgesetzt wird, was Verdi-Vorsitzender Frank Werneke angekündigt hat: „Wenn die kommunalen Arbeitgeber glauben, dass die Beschäftigten sich in der Corona-Situation nicht wehren, dann haben sie sich getäuscht.“ (Süddeutsche Zeitung, 26. August 2020) ■gr/RW

Belagerung des Vierzylinders

So bezeichneten Kolleginnen und Kollegen, die sich „Revolutionäre Front“ nennen, ihre Aktion vor dem BMW-Hochhaus. Sie wollten damit auf die drohenden Entlassungen aufmerksam machen. Da sollen doch besser die Quandts und Klattens entlassen werden, schlugen sie vor. Die richtige Frage „Die oder wir“ machten sie auf dem Vordach weithin sichtbar. Damit war auch die Eigentumsfrage gestellt, worauf BMW-Beauftragte und Polizei das Transparent abräumten.



AufDraht

Herausgeber:

DKP München und Gruppe KAZ

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes:
Jörg Högemann • Kellerstr. 28 • 81667 München

Mail: Auf.Draht@gmx.de

Druck: Eigendruck im Selbstverlag

Im Keller des BMW-Museums

Was hat BMW in der Zeit von Faschismus und Krieg gemacht?



Wer das erfahren will, kann sich eine neue Ausstellung im BMW-Museum ansehen. Nach einiger Suche, immer vorbei an glitzernden Limousinen, kommt man in einen überschaubaren Raum im Keller, im letzten Winkel sozusagen.

Die Zeit von 1933 bis 1945 wird mit Fotos, Dokumenten, Texten erzählt. Für einen Antifaschisten, der eine solche Ausstellung ansieht, ist interessant, was da nicht rüberkommt, etwa dieses:

Es waren goldene Jahre für BMW. Das Naziregime hatte sofort nach seinem Machtantritt 1933 die Gewerkschaften zerschlagen. In den BMW-Werken wurden die 65-Stunden-Woche eingeführt, die Löhne gekürzt. Verschwiegen wird auch, dass Hitler den Krieg vorbereitete. Dazu brauchte er Flugzeuge.

Die Ausstellung zeigt, wie im Jahr 1934 das BMW-Motorenwerk Allach aus dem Boden gestampft wurde. Dort, wo heute die Fabriken von MAN und MTU stehen. Ab 1942/43 stieg die Produktion steil an. Hintergrund ist: Die Rote Armee hatte zusammen mit den Alliierten den Krieg

gewendet. Angesichts der drohenden Niederlage sollten tausende Jagdflugzeuge gebaut werden. BMW war zur Stelle. Die Arbeiter, die an den Fronten eines Eroberungskrieges standen, wurden durch Zwangsarbeiter ersetzt.

Dazu wurde in Karlsfeld und Ludwigsfeld, gegenüber dem BMW-Motorenwerk, ein Lager für bis zu 15.000 KZ-Häftlinge und Zwangsarbeiter errichtet. Ein ausgestelltes Dokument, ein „Forderungsnachweis“ von Juli 1944, bringt es auf den Punkt: Die SS als Betreiber des nahen KZ Dachau verlieh die Häftlinge für 4 bis 6 Reichsmark pro Tag an BMW.¹ Ergänzt werden müsste: der Arbeitstag hatte 15 Stunden, die Ernährung bestand aus Wassersuppe mit Rüben und Brot. Entkräftete oder der Sabotage verdächtige Häftlinge wurden ins KZ Dachau überstellt, was das Todesurteil bedeutete. Für BMW waren diese Leihbedingungen mit einem immensen Profit verbunden.

Auf einer Tafel ist zu lesen, dass die BMW-Verantwortlichen versucht hätten, Exzesse der SS zu vermeiden. (Womit wohl

die Prügelstrafe gemeint ist. Oder Hängungen zur Abschreckung.) BMW stockte die Rationen aus eigenen Beständen auf, weil die Produktion wegen der Mangelernährung der Häftlinge gesunken war.

Die Ausstellungsmacher gaben sich redlich Mühe, über die Lücken soll das oben Geschriebene hinweghelfen. Die Ausstellung ist ein Stück Geschichte des Kapitals in Deutschlands. BMW steht für die deutschen Kriegs-Konzerne, die nach 1945 wieder aufstiegen. Sie alle machen diese Aufarbeitung ihrer Nazi-Geschichte aus dem einzigen Grund: Um ihr internationales Ansehen zu polieren, um Exportchancen nicht zu verderben.

Mit diesem Gedanken im Kopf kann man sich die Ausstellung ansehen und ein paar Fakten mitnehmen. ■ *krm*

¹ Stundenlohn eines gelernten Metallarbeiters in Frankfurt/M., 1939: 0,79 Reichsmark. Aus: „Dieses Land schläft einen unruhigen Schlaf“, Friedrich G. Kürbisch, 1981.

„Auf dem Gelände der BMW haben wir Hallen zu bauen. Die Arbeit besteht aus Zementtragen. Eisentragen. Dem Kommandoführer, SS-Hauptscharführer Jentsch, macht es Spaß, seinen Schäferhund auf die Häftlinge zu hetzen. Er gibt erst das Kommando ‚auslassen‘, wenn das Opfer blutet.“ Aus: „Spätes Tagebuch“, Max Mannheimer (1920 – 2016). Er wurde im September 1944 als „Rüstungsjuden“ ins Lager Karlsfeld verschleppt. Vorher in Auschwitz, wo der größte Teil seiner Familie ermordet worden war.

Große Freiheit Homeoffice

Was für viele Kolleginnen und Kollegen in den Büros ein Traum war, macht ein Virus möglich.

Das Handelsblatt berichtete am 27. April 2020, als die Coronapandemie voll ausgebrochen war: „25 Prozent aller Beschäftigten sollen nach Schätzungen derzeit ihren Job von zu Hause aus erledigen. Das wären acht Millionen Männer und Frauen, die ihren Job gerade von zu Hause aus erledigen“, rechnete (Bundesarbeitsminister) Heil vor“. Die Wirtschaftswoche änderte ihre wöchentliche Kolumne „Chefbüro“ in „Homeoffice“ und gibt einen Einblick in prächtige Arbeitszimmer. Beste Arbeitsbedingungen zumindest für die Bosse, die dann auch noch feststellen, dass hochmotivierte Angestellte im Homeoffice oder nicht minder motivierte Arbeiter am Fließband – sofern sie nicht in Kurzarbeit geschickt wurden – den Laden zusammenhalten, getrieben von der Angst um Arbeitsplatzverlust: Geht doch, denken die Unternehmer, und denken gleich an Einsparungen.

Die Allianz erwarte, dass „40 Prozent der Mitarbeiter von zu Hause arbeiten“, sagte Allianz-Vorstand Christof Mascher. „Aber auch eine höhere Zahl ist möglich.“ „Die Standorte müssen überprüft werden, es geht vor allem um die Ausstattung“, sagte Mascher. Rund 30 Prozent der Bürofläche werde wahrscheinlich längerfristig nicht mehr gebraucht. „Natürlich schauen wir uns auch Büroflächen noch einmal neu an, die wir bisher in der Planung hatten.“ (Handelsblatt, 10. August 2020) 8.000 Kolleginnen und Kollegen arbeiten auf 390.000 m² in einem Gewerbegebiet in Unterföhring. Wir kennen zwar den Mietpreis nicht, aber 13 Euro per Quadratmeter dürften durchaus realistisch sein. Schon sind knapp 20 Millionen im Jahr gespart. Peanuts zwar bei einem Gewinn von 8,3 Milliarden Euro, aber die Anteilseigner wird es trotzdem freuen.

„Wir haben gesehen, wie produktiv und effektiv das mobile Arbeiten sein kann. Da haben sich einige Vorurteile in Luft aufgelöst“, sagt Jochen Wallisch, ein Personalmanager bei Siemens. (Manager Magazin, 16. Juli 2020) Nahezu rührselig gar Roland Busch, noch Arbeitsdirektor bei Siemens und als Nachfolger von Kaeser Vorstandsvorsitzender ab voraussichtlich Februar 2021: „Wir vertrauen unseren Mitarbeitern und befähigen sie, ihre Arbeit selbst zu gestalten, um bestmögliche Ergebnisse zu erzielen“. Die neue Arbeitsweise motiviere Mitarbeiter und erhöhe die Leistungsfähigkeit des Unternehmens. „Wir haben den Wandel zu Vertrauen, Empowerment und Ergebnisorientierung schon seit Jahren angetrieben, aber die Coronapandemie hat das beschleunigt“, so Wallisch. 140.000 Kolleginnen und Kollegen sollen

künftig an zwei bis drei Tagen der Woche mobil arbeiten können. Dann bestehe die Möglichkeit, so Siemens-Pressesprecher Martens, „dass die Mitarbeiter sich aussuchen – gerade wenn sie mehrere Wohnsitze haben oder Familienbedürfnisse unter einen Hut bringen müssen –, für sich in Abstimmung mit ihrem Vorgesetzten zu entscheiden, wo sie mobil arbeiten wollen, um produktiv zu sein und die vereinbarten Ergebnisse zu erreichen. Und deshalb definieren wir diesen Begriff bewusst breiter: als mobiles Arbeiten. Ein Teil davon ist Homeoffice.“ (Deutschlandfunk, 16. Juli 2020) Einen „Aufbruch zu mehr Freiheit“ sieht Thomas Sattelberger, ehemaliger Telekom-Vorstand und jetziger FDP-Bundestagsabgeordneter, wie er in seinem Beitrag zum Büchlein „Das demokratische Unternehmen“ schrieb.

Wow. Eine schöne neue Arbeitswelt tut sich für die Büroarbeiter auf: Freiheit, Vertrauen, Empowerment. Mobiles Arbeiten. Doch die Bedingungen sind sehr unterschiedlich für die Kolleginnen und Kollegen, aber keinesfalls so komfortabel wie für die Bosse. Glücklicherweise kann sich schätzen, wer ein eigenes Arbeitszimmer hat. Aber wer hat das schon. Die frisch von der Uni oder Schule kommenden jungen Kolleginnen und Kollegen werden ihr Berufsleben in der Wohngemeinschaft starten. Das Paar mit Kind wird angesichts der Mietpreise in München froh sein, eine Drei-Zimmer-Wohnung mieten zu können. Am Laptop im Wohnzimmer oder in der Küche sitzend, spüren nach nunmehr sechs Monaten Homeoffice meine Kolleginnen und Kollegen ihre Rücken. Isoliert von den beliebten und weniger beliebten Kolleginnen und Kollegen und deshalb nicht mehr in der Lage, mal so eben auf informeller Ebene betriebliche Probleme zu besprechen. Einzelzelung statt Einigkeit, die uns ja bekanntlich stark macht.

Virtuelle Vertrauensleute-Sitzung mit den Kolleginnen und Kollegen oder Videokonferenz mit dem Betriebsrat, kein wirklicher Spaß unter den Bedingungen des einzuhaltenden Datenschutzes. Mit den Schlagwörtern „Homeoffice“ und „mobiles Arbeiten“ versuchen die Unternehmer, sich ihrer Verantwortung im Arbeits- und Gesundheitsschutz zu entziehen. Auf Teufel komm raus wird der Begriff „Telearbeit“ vermieden. Denn Telearbeit unterliegt gesetzlichen Regeln und ist definiert in der Arbeitsstättenverordnung.

„Telearbeitsplätze sind vom Arbeitgeber fest eingerichtete Bildschirmarbeitsplätze im Privatbereich der Beschäftigten und für die der Arbeitgeber eine mit den

Beschäftigten vereinbarte wöchentliche Arbeitszeit und die Dauer der Einrichtung festgelegt hat.

Ein Telearbeitsplatz ist vom Arbeitgeber erst dann eingerichtet, wenn Arbeitgeber und Beschäftigte die Bedingungen der Telearbeit arbeitsvertraglich oder im Rahmen einer Vereinbarung festgelegt haben und die benötigte Ausstattung des Telearbeitsplatzes mit Mobiliar und Arbeitsmitteln einschließlich der Kommunikationseinrichtungen durch den Arbeitgeber oder eine von ihm beauftragte Person im Privatbereich des Beschäftigten bereitgestellt und installiert ist.“

Ergonomie am Arbeitsplatz, also ein vernünftiger und höhenverstellbarer Arbeitsstuhl und, nicht minder wichtig, eine ausreichende Beleuchtung, wird ad acta gelegt. Ein jahrelang geführter Kampf um bessere Arbeitsbedingungen in den Büros wird abgewickelt.

Arbeitsmediziner warnen zu Recht, „wenn die Arbeitsbedingungen nicht stimmen, kann Arbeit krank machen. Ein Bürojob, der überwiegend aus einer sitzenden Tätigkeit besteht, sorgt für extreme Bewegungsarmut und führt mitunter zu Rücken- und Kopfschmerzen. Außerdem belastet eine falsche Sitzposition den Körper sehr stark, was langfristige Gesundheitsschäden verursachen kann.“ (arbeitschutzgesetz.org)

So kann aus einem Traum ein Alptraum werden. Nicht heute, aber in ein paar Jahren. Die Große Freiheit gibt es halt nur auf St. Pauli. Und die führt nicht in das Paradies. ■RW

auf-draht.online

mehr Informationen über die DKP:
www.dkp.de

mehr Informationen über die Gruppe KAZ:
www.kaz-online.de

Antikriegstag 2020



„Lasst uns wachsam sein, und vor allem lasst uns gemeinsam gegen Krieg und Zerstörung vorgehen. Wir sind doch die Einzigen, die den Krieg verhindern können.

Das schaffen wir nur, wenn wir zusammenstehen, die Arbeiterinnen und Arbeiter aus den Metallbetrieben, die Verkäuferinnen und Verkäufer, die Trambahnfahrerinnen und -fahrer, wir aus den Kliniken und all die vielen anderen. Hören wir endlich auf, nur in den eigenen Betrieben zu agieren, lasst uns über den Tellerrand schauen und aufräumen mit jenen, die uns tagtäglich bestehlen, die unser Geld lieber für Rüstung und Militär ausgeben als für unsere Gesundheit und die uns am Ende mit Krieg und Zerstörung überziehen. Und das ist wirklich nicht so schwer, wir haben doch das beste Mittel der Welt in unseren Händen: wir streiken einfach. Das ist doch die selbstverständlichste und einfachste Sache der Welt! Wer soll uns denn daran hindern?

Wir brauchen den Streik, denn anders werden wir uns nicht durchsetzen.

Lasst uns endlich das tun, was uns die Kolleginnen und Kollegen in den anderen Ländern tagtäglich vorführen.

Kolleginnen und Kollegen, es ist höchste Zeit etwas zu tun. Lasst uns nicht damit warten!“

Auszug aus der Rede einer Betriebsrätin des Münchner Klinikums am 1. September vor dem DGB-Haus:

Hände weg von Belarus

Kämpfen wir dafür, dass Regierung und Kapital hier im Land ihre profit- und machtgerigen Finger von Belarus lassen – es ist die beste Unterstützung für das Arbeiter und das Volk in Belarus.

Nach der Wahl des Präsidenten in Belarus am 9. August waren die Zeitungen hierzulande voll von Berichten über Massenproteste dort bis hin zu Streiks in den Staatsbetrieben, von äußerster Gewalt der Polizei und Massenverhaftungen. Dem offiziell mit 80 Prozent wieder gewählten

und seit 1994 amtierenden Präsidenten Lukaschenko wird grobe Wahlfälschung vorgeworfen, gewonnen hätte in Wirklichkeit die Kandidatin der Opposition Swetlana Tichanowskaja, die nach Litauen geflohen ist. Was diese Opposition genau will außer der Absetzung des Präsidenten

und freie Wahlen ist aus diesen Berichten ebenso wenig zu erfahren, wie die Gründe für die Unzufriedenheit der Arbeiter, ihre Forderungen und Ziele. Das alles scheint wenig zu interessieren. Hauptsache, die Opposition wird unterstützt gegen die Regierung Lukaschenko, den „letzten

Diktator Europas“, wie es immer wieder heißt. Da freut man sich auch über politische Streiks der Arbeiter, die hierzulande ja bekanntlich verboten sind. „Eine gute Lösung“, weiß z.B. ein Osteuropahistoriker von der Uni München in der Süddeutschen Zeitung (29./30. August 2020) zu berichten, „kann es nur ohne Lukaschenko geben.“ Deutschland und die Europäische Union beschließen eine Verschärfung der Sanktionen sowie Gelder in Millionenhöhe zur Unterstützung der belarussischen „Zivilorganisation“. Diese Einmischung in die inneren Angelegenheiten von Belarus soll dabei möglichst nicht als Einmischung verstanden werden, sondern als selbstlose Hilfe. „Die EU sollte den Eindruck vermeiden, dass sie in Belarus eigene wirtschaftliche oder sicherheitspolitische Ziele verfolgt“, rät denn auch der Münchner Osteuropahistoriker.

Wählerarbeit

Diese „selbstlose“ Hilfe gibt es seit Jahrzehnten. Seit den 1990er Jahren beschäftigten sich bekannte deutsche Stiftungen und Institutionen, wie z.B. die Bertelsmann-Stiftung, mit Strategiepapieren und Ratschlägen für die Bundesregierung, wie Belarus näher an Deutschland und die EU herangeführt werden kann. Offen wird für deutsches Kapital und deutschen Einfluss gearbeitet. Dabei ging es immer um eine Doppelstrategie. Zum einen wurde versucht, mit Geldern und sonstigen Versprechungen direkt auf die belarussische Regierung Einfluss zu bekommen bzw. sie mit Sanktionen unter Druck zu setzen. Jeder Widerspruch zwischen Belarus und Russland wurde dabei genutzt, um zwischen beide Staaten einen Keil zu treiben zugunsten einer Annäherung der belarussischen Regierung an Deutschland und die EU bzw. militärisch an die NATO. Gleichzeitig sollten über Kontakte zur sog. Zivilgesellschaft proeuropäische oppositionelle Kräfte gefördert und so eine starke Opposition aufgebaut werden, die Lukaschenko stürzen kann. Eine 1999 gegründete „Deutsch-belarussische Gesellschaft“ lädt z. B. interessierte Kreise aus Belarus zu Vorträgen ein. Mit deutschen und US-



Über die Demonstranten mit den rot-grünen Fahnen wird wenig berichtet

amerikanischen Geldern wurde eine private Uni in Minsk gegründet, um Kreise aus der Intelligenz an sich zu binden. Als diese 2004 von der belarussischen Regierung aufgrund dieser Einmischungsversuche geschlossen wurde, wird sie in Vilnius, Litauen, als Exil-Uni für belarussische Studenten wiedereröffnet. Zwei Fernsehsender aus Polen und Litauen trommeln in belarussischer Sprache für die Opposition usw. (siehe dazu www.german-foreign-policy.com, u.a. „Der Kampf um Minsk“, 25. August 2020)

Hindernis auf dem Weg nach Osten

Der Hintergrund für all diese hier nur beispielhaft angeführten Aktivitäten ist der innen- und außenpolitischen Kurs der belarussischen Regierung unter Staatspräsident Lukaschenko, der dem Westen, allen voran auch der BRD, ein Dorn im Auge ist.

Lukaschenko beendete mit seinem Amtsantritt 1994 den Ausverkauf des Landes an einheimische Raubritter, vor allem aber auch an westliche Kapitalisten. Er hielt an vielen Errungenschaften, die die Konterrevolution in der Sowjetunion zumindest der Form nach überlebt haben, fest, wie die aus den Kolchosen hervorgegangenen großen landwirtschaftlichen Güter, Staatsbetriebe

Protest gegen Einmischung

„Eine führende Vertreterin der Minsker Opposition protestiert gegen die Einmischung der EU in Belarus. Die Sanktionen, auf die sich die Außenminister der Union am vergangenen Freitag geeinigt haben, lehne sie ab, erklärt Marija Kolesnikowa, eine der bekanntesten Aktivistinnen des Minsker ‚Koordinationsrats‘ für den Machtübergang‘. Dass die EU darüber hinaus den ‚Koordinationsrat‘ einspannen wolle, um Millionenbeträge zur Unterstützung der Opposition in Belarus zu verteilen, habe dem Rat „sehr geschadet“. Ohnehin wünsche die klare Mehrheit der Demonstranten keine einseitige Annäherung an EU und NATO, sondern wolle vielmehr die Beziehungen ihres Landes zu Russland ‚entwickeln und freundschaftlicher ... gestalten.“ („Das ‚armenische‘ Modell“, german-foreign-policy.com, 31. August 2020)

in wesentlichen Produktionszweigen und eine hohe soziale Absicherung der Bevölkerung. Außenpolitisch hat Lukaschenko nach 1994 begonnen, wieder enger mit der russischen Föderation zusammenzuarbeiten. 1999 ist Belarus mit Russland eine vertraglich festgelegte Union eingegangen. Zur Erinnerung: Damals wurde der serbische „Diktator“ Milosevic, der sich der von Deutschland vorangetriebenen Zerschlagung Jugoslawiens widersetzte, von der „freien“ westlichen Welt mit Bomben bekämpft. Belarus gehört dem Militärbündnis „Organisation des Vertrages über kollektive Sicherheit“ an und ist Mitglied in der Eurasischen Wirtschaftsunion.

Die Regierung Lukaschenko ist also schlichtweg ein Hindernis für die weitere wirtschaftliche und militärische Machtausdehnung der deutsch geführten EU Richtung Osten, ein Hindernis auf dem Weg zur

Was hinter den beiden Flaggen steht Die Kräfte, die nach der Unabhängigkeitserklärung von der Sowjetunion 1991 in Belarus an die Macht kamen, bestimmten als Flagge wieder die weiß-rot-weiße Fahne, eine Fahne, unter der auch die Nazi-Kollaborateure 1943 bis 1945 ihre Hilfsdienste für den Hitlerfaschismus lieferten. Ein Viertel bis ein Drittel der belarussischen Bevölkerung ist damals den Verbrechen der deutschen Faschisten zum Opfer gefallen. Fast das ganze Land, Betriebe, Dörfer, Städte, wurden zerstört. Tausende von Partisanen kämpften in Belarus für die Befreiung vom Hitlerfaschismus, ein Kampf, der dort nach wie vor hoch gehalten wird. Die Lukaschenko-Regierung verbot die Fahne der Kollaboration und ließ in einem Referendum über die aktuelle rot-grüne Flagge abstimmen, die sich im Wesentlichen nur dadurch von der Fahne der Sowjetrepublik Belarus unterscheidet, dass Hammer und Sichel fehlen. Hammer und Sichel waren das Symbol für die Macht der Arbeiterklasse im Bündnis mit den Bauern. Ohne diese Macht aber, das zeigt sich nicht nur in Belarus, wird es schwierig, den permanenten Angriffen der imperialistischen Mächte standzuhalten.

► Fortsetzung von Seite 7
Hände weg von Belarus

weiteren Umkreisung und Schwächung der Russischen Föderation.

Wir wissen nicht, welche Kräfte sich in den gegenwärtigen Kämpfen in Belarus durchsetzen werden. Dass Teile der Demonstranten die weiß-rot-weiße Fahne vor sich her tragen, ist dabei kein gutes

Zeichen (siehe Kasten). Wir wissen allerdings, was es heißt, wenn die deutsche Wühlarbeit Erfolg hat und das Land in Richtung EU oder/und NATO gezerrt werden soll: Privatisierung und Zerschlagung der Staatsbetriebe, Hochschnellen der Erwerbslosigkeit, soziale Demontage auf der einen Seite. Zuspitzung der Konflikte mit Russland und schüren der Kriegsgefahr auf der anderen.

In den Chor derjenigen einzustimmen, die Bundesregierung und EU aufrufen, die Opposition gegen die Lukaschenko-Regierung zu unterstützen, wird also dort nur die Lage verschlimmern. Kämpfen wir stattdessen dafür, dass Regierung und Kapital hier im Land ihre profit- und machtgierigen Finger von Belarus lassen – es ist die beste Unterstützung für die Arbeiter und das Volk in Belarus. ■gr

Königlich privilegierte Schießerei

Der rassistisch motivierte Mörder von Hanau lernte sein Handwerk im beschaulichen Sendling

Die neobarocke Fassade des weißen Prachtbaus in der Zielstattstrasse 6 wirkt genauso hochherrschaftlich wie der Name des hier residierenden exklusiven Münchner Schießsportvereins „Königlich Privilegierte Hauptschützengesellschaft München 1406“. 74 In- und Outdoor-schießstände weist das über ein Hektar große Gelände auf. Wer Mitglied werden will, muss zwei langjährige Schützenkollegen als Bürgen bringen und sich dem Leitungsausschuss persönlich vorstellen. Auch die Sponsoren der Schießanlage sind honorig: das bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus und die Landeshauptstadt, Referat Bildung und Sport. Vom März 2014 bis Ende 2018 trainierte hier wöchentlich Tobias Rathjen, bevor er am 19. Februar 2020 in Hanau aus rassistischen Motiven neun Menschen ermordete und anschließend mit seiner Lieblingswaffe, einer SIG Sauer 226, seine Mutter und sich selbst tötete. In einem kurz vor der Tat ins Netz gestellten

24-seitigen Traktat nennt der Mörder seine Motive: rassistische „Grobsäuberung“, da „nicht jeder, der heute einen deutschen Pass besitzt, reinrassig und wertvoll ist; eine Halbierung der Bevölkerungszahl kann ich mir vorstellen“. Für seine zwei registrierten Schusswaffen, eine SIG Sauer 226 und eine Walther PPQ, wurden ihm 2013 durch die Waffenbehörde des Main-Kinzig-Kreises (MKK) Waffenerlaubnisse ausgestellt. Stets hatte Rathjen seinen gemeldeten Wohnsitz in Hanau bei den Eltern. Seine Waffen aber lagerte er in München, wo er sich 2014 in Obermenzing eine Wohnung genommen hatte. Durch verschiedene parlamentarische Anfragen der Partei „Die Linke“ im Bundestag vom 28. Mai, der linken Kreistagsfraktion des Main-Kinzig-Kreises (21. Februar) und der Münchener Stadtratsfraktion der Grünen/Rosa Liste (10. März) hat sich jetzt herauskristallisiert: Die Waffenbehörde seines Wohnsitzes wusste bereits seit dem 3. Mai 2014, dass Rathjen sich in München auf-

hielt; er pflegte nämlich Anfragen an seine Hanauer Adresse mit Rückschreiben unter seiner Münchner Anschrift zu beantworten. Die hessische Behörde informierte weder das Münchner Waffenamt, noch verpflichtete sie Rathjen unter Fristsetzung zur Anmeldung der Waffen in München. Nach drei Jahren (!), am 23. Mai 2017, wies man ihn zum ersten Mal darauf hin, dass er sich in München anzumelden habe. Dreist schrieb Rathjen am 5. Juni 2017 und nochmals am 23. Juni 2018 nach Hessen und teilte mit, er schieße und lagere seine Waffen in München. Anmeldung? Wiederum Fehlanzeige. Aber auch das Münchener Kreisverwaltungsreferat (KVR) wird sich nicht auf Unwissenheit berufen können. Einfache Frage: Wie kann es sein, dass jemand über 5 Jahre Hunderte von Schießtrainings als registriertes Mitglied von Münchens nobelstem Schützenverein absolviert, seine Waffen privat in seiner Mietwohnung lagert, ohne dass seine Existenz der Verwaltung bekannt wird? ■RH



So bewerben die Schützen ihr Schützenheim: „Hier trainieren Gewinner. Bereiten Sie sich bei uns auf absolute Höhepunkte im Schießsport vor. Die HSG-Schießanlage bietet die besten Trainingsvoraussetzungen.“